

**9352/AB XXIV. GP**

---

Eingelangt am 13.12.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Frauen und öffentlichen Dienst

## Anfragebeantwortung

An die  
Präsidentin des Nationalrats  
Mag<sup>a</sup> Barbara PRAMMER  
Parlament

1017 Wien

GZ: BKA-353.290/0088-I/4/2011

Wien, am . Dezember 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Karlsböck, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. Oktober 2011 unter der **Nr. 9473/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend hohe Selbstmordrate von türkisch-stämmigen Mädchen und Frauen - Maßnahmen zur Prävention und Betreuung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 14:

- Besteht derzeit ein Informationsaustausch zwischen Ihrem Ressort und anderen europäischen Staaten bezüglich der hohen Selbstmordrate von türkisch-stämmigen Mädchen und Frauen?
- Wenn ja, wie ist dieser ausgestaltet und welche Problembereiche wurden bisher behandelt?
- Existieren österreichische Studien, die diese Problematik näher beleuchten?
- Wenn ja, welche Ursachen werden für die hohe Selbstmordrate von türkisch-stämmigen Mädchen und Frauen angeführt?
- Existieren Arbeitsgruppen zu dieser Thematik?

- *Wenn ja, wie viele Treffen haben bisher stattgefunden und welche Tagesordnungspunkte wurden diskutiert?*
- *Wenn ja, welche Arbeitsgruppenergebnisse bzw. -empfehlungen liegen bisher vor?*
- *Welche Aufklärungskampagnen wurden umgesetzt, um Betroffene darüber zu informieren, wo sie Unterstützung und Hilfe erhalten können?*
- *Existiert eine spezielle Telefonhotline, die Betroffene bei der Bewältigung ihrer Krisensituation unterstützt?*
- *Existiert eine spezielle Internetseite, wo sich Betroffene informieren können bzw. Kontaktadressen für konkrete Hilfsangebote finden?*
- *Existieren spezielle Therapiemöglichkeiten, die auf Ihre sozialen und kulturellen Konflikte ausgelegt sind?*
- *Existieren spezielle Schulungen für Berufsgruppen, wie z.B. Ärzte, Psychologen, Lehrer und Mitarbeiter von Jugendämtern, die mit Betroffenen regelmäßig in Kontakt stehen?*
- *Welche weiteren Maßnahmen wurden bzw. werden in diesem Zusammenhang umgesetzt?*
- *Welche finanziellen Mittel wurden für Ursachenforschung, Prävention und Betreuung bereitgestellt und wie wurden diese Mittel verteilt?*

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 9464/J durch den Herrn Bundesminister für Gesundheit.

Mit freundlichen Grüßen